



DR. FRANZ LÖSCHNAK
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

II-7828 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Zl. 36.657/2-I/7/89

Wien, am 6. Juni 1989

An den
Präsidenten des Nationalrates
Rudolf PÖDER

3588/AB

1989 -06- 13

zu 3631/J

Parlament

1017 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Gugerbauer, Eigruher haben am 13. April 1989 unter der Nr. 3631/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "die Flüchtlingsschwemme im Attergau" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Welche Maßnahmen sind seitens Ihres Ressorts geplant, um die Kriminalitätsrate dieser Region zu senken und die Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren ?
2. In welchen Regionen werden in welcher Zahl Asylwerber für die Dauer des Genehmigungsverfahrens untergebracht ?
3. Beabsichtigen Sie in den betroffenen Regionen den Personalstand an Sicherheitsbeamten zu erhöhen und, wenn nein, warum nicht ?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Als lokale Maßnahme zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung in dieser Region wurden und werden vom Gendarmerieposten St. Georgen im Attergau an Wochenenden zusätzlich Zivilpatrouillen zur Überwachung von Objekten und zur Personenkontrolle eingesetzt.

Darüberhinaus hat das Landesgendarmeriekommando für Oberösterreich eine Verstärkung der bezirksübergreifenden Überwachungstätigkeit angeordnet.

Weiters wird sich aufgrund eines erst kürzlich ergangenen Erlasses, demzufolge Patrouillen zur Nachtzeit oder bei sonstigen Anlässen, aus denen eine gewisse Gefährlichkeit abgeleitet werden kann, durch mindestens zwei Gendarmeriebeamte vorzunehmen sind, eine Verbesserung der Effizienz der Überwachungstätigkeit ergeben.

Zu Frage 2:

Mit Stichtag 12. Mai 1989 waren seitens des Bundesministeriums für Inneres - gestreut auf sechs Bundesländer - insgesamt 14.387 Asylwerber und Flüchtlinge untergebracht; hinsichtlich der regionalen Aufteilung ergibt sich folgendes Bild:

Wien	138 Personen
Niederösterreich	7.114 Personen
Burgenland	964 Personen
Oberösterreich	3.489 Personen
Salzburg	62 Personen
Steiermark	2.620 Personen

Die Anzahl der in den politischen Bezirken Vöcklabruck und Gmunden untergebrachten Flüchtlinge und Asylwerber wurde seit vergangenem Herbst um insgesamt 379 Personen gesenkt.

Zu Frage 3:

Im Hinblick auf die von der Bundesregierung angestrebte Budgetkonsolidierung und die dadurch vorgegebenen Rahmenbedingungen auf dem Planstellensektor ist derzeit eine Erhöhung des Personalstandes der Sicherheitsexekutive in den genannten Regionen nicht möglich. Dennoch werde ich nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten und der Ergebnisse der Planstellenverhandlungen für das kommende Finanzjahr danach trachten, auch dort weitere Planstellen zu schaffen.

F. Auer